

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Wissenschaft und
Forschung**

72. Sitzung
24. August 2026

Beginn: 09.31 Uhr
Schluss: 11.17 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0168](#)
WissForsch
Die Auswirkungen der Investitionsplanung 2024 – 2028 auf die Berliner Wissenschaft
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0208](#)
WissForsch
Investitionsplanung 2026 bis 2029: Ausblick für den Wissenschaftsstandort Berlin
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung zu a) und b)

Zu den Besprechungspunkten führen wir eine Anhörung durch, zu der ich herzlich begrüße: Frau Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Vorstandsvorsitzende der Landeskonferenz der Rektor*innen und Präsident*innen der Berliner Hochschulen – LKRP – und Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Frau Andrea Güttner, Kanzlerin der Freien Universität Berlin, und Frau Dr. Julia Neuhaus, Stellvertretende Vorsitzende der LKRP und Präsidentin der Berliner Hochschule für Technik – BHT –. Digital zugeschaltet ist uns Herr Marcelo Ruiz vom HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V. – HIS-HE –, Geschäftsbereich Bauliche Hochschulentwicklung. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Vielen Dank, dass Sie da sind! Ich stelle kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit den Liveübertragungen und Bild- und Tonaufnahmen und der anschließenden Veröffentlichung, einverstanden sind. – Vielen herzlichen Dank! Da kann ich keinen Widerspruch feststellen.

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Vielen Dank! – Möchte die Fraktion Die Linke oder die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Besprechungspunkt zu 3 a begründen? – Das ist der Fall. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Wir haben uns mit der Kollegin Neugebauer abgestimmt, dass ich das kurz für uns beide mache. Dieser Tagesordnungspunkt steht schon eine ganze Weile auf unserer Liste. Wir haben ihn eigentlich eingereicht, um die damals aktuelle Investitionsplanung 2024 hier gemeinsam zu besprechen. Insofern geht es jetzt nicht darum, uns über aktuelle Konflikte auszutauschen, sondern uns einen Überblick über die Herausforderungen zu verschaffen, die mit der Investitionsplanung für die kommende Legislaturperiode verbunden sind. Wir haben in den vergangenen Jahren diverse, auch öffentliche, Schlagzeilen über nicht funktionsfähige Gebäude unserer Hochschulen gehabt und hatten auch hier im Ausschuss eine Krisensitzung nach der anderen dazu. Umso wichtiger ist es, dass die Investitionen in eine vernünftige und geordnete Reihenfolge geführt werden. Wir haben es in den vergangenen Jahren gesehen, und da waren alle Senatsfarben dabei, dass immer wieder Dinge in die I-Planung hineingekommen und Dinge wieder herausgekommen sind. Das heißt, es gab Wechsel, Stichwort Invalidenstraße oder Tegel, was den Projekten nicht gut getan hat.

Angesichts knapper Mittel auch in der kommenden Legislaturperiode und angesichts der Zeitabläufe, die nicht dafür sprechen, dass die Hochschulbaugesellschaft sehr schnell Finanzen hebeln kann, müssen wir uns jetzt darüber unterhalten: Welche Dinge sind in den kommenden Jahren vordringlich? Welche Dinge müssen wir über mittlere Frist machen? Wie schaffen wir es, dass dieser immense Sanierungsstau von 8 Milliarden Euro, der bei unseren Hochschulen liegt, über die kommenden Jahrzehnte, muss man sagen, abgebaut werden kann? Welche Finanzpfade sind dafür notwendig, und wie sind die Priorisierungen in den verschiedenen Bereichen vorzunehmen? Wir haben hier im Ausschuss schon sehr oft darüber gesprochen, welche Investitionsbedarfe da sind. Es gab Gutachten, es gab Besprechungen, aber zu einem Masterplan Sanierung sind wir eigentlich nicht gekommen. Dieser steht aber jetzt an – das sehen wir, es ist augenfällig –, und deswegen freuen wir uns, dass Sie sich heute alle bereit erklärt haben, uns noch einmal einen Überblick darüber zu geben, was aus Ihrer Sicht dringende, aber auch mittel- und langfristige Vorhaben für die Investitionsplanung sind und welche wir einbringen müssen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Möchte eine Vertreterin oder ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Besprechungspunkt zu 3 b begründen? – Das ist der Fall. – Frau Brauner, Sie haben das Wort!

Kerstin Brauner (CDU): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit der Investitionsplanung an den Hochschulen für die nächsten Jahre – ein in der Tat sehr wichtiger Punkt. Wir haben es in den letzten Wochen und Monaten gesehen, sei es die TU, seien es andere Dinge: Der Bedarf ist dringlich da. Unsere Haushaltsmittel sind begrenzt, und dennoch müssen wir sinnvoll gute und richtige Entscheidungen treffen und Investitionen voranbringen. Sie sind nötiger denn je. Die Hochschulbaugesellschaft ist für die CDU eine Herzensangelegenheit, damit wir gut gesteuert und mit Finanzierungsmöglichkeiten mit dem Hochschulbau vorankommen. Die Diskussionen über die Hochschulbaugesellschaft liegen jetzt im Hauptausschuss bei unseren Haushältern und sind auch noch in der Abstimmung. Wir als Koalition sprechen uns dafür aus, dass wir diese Hochschulbaugesellschaft und die Investitionen in die Hochschulen an vielen Ecken und Enden dringend benötigen und dass wir koordiniert steuern sowie bewusst und klug entscheiden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Sie haben circa fünf Minuten Zeit für Ihr Eingangsstatement, und danach folgt die Fragerunde der Abgeordneten. Es wäre gut, wenn Sie sich die Fragen notieren könnten, und dann haben Sie anschließend im Zusammenhang die Möglichkeit, auf die gestellten Fragen einzugehen. Wenn Sie sich nicht anders geeinigt haben, würde ich Sie der Reihenfolge nach, wie Sie hier sitzen, und anschließend an vierter Stelle Herrn Ruiz, der uns mit einer Präsentation digital zugeschaltet ist, aufrufen. – Ich sehe Einverständnis. Dann beginnt Frau Prof. Dr. von Blumenthal. – Sie haben das Wort!

Dr. Julia von Blumenthal (HU Berlin): Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist für uns sehr erfreulich, dass Sie sich auch in der heißen Wahlkampfphase Zeit für eine, wie ich verstanden habe, sachlich-fachlich orientierte Aussprache zu diesem Thema nehmen, das uns täglich bekümmert – und natürlich jetzt noch mehr, wenn die Studierenden zurückkommen, denn die Abwesenheit von Gebäuden ist umso wichtiger, wenn wieder Studierende da sind, die gerne Lehre hätten. Unser aktueller Zustand ist, dass die Berliner Universitäten über genau ein Audimax verfügen. Das ist im Henry-Ford-

Bau an der schönen Freien Universität. Wenn Sie uns allen die Daumen drücken, kommen wir vielleicht im Wintersemester dazu, dass nach acht Jahren Sanierungszeit auch die Humboldt-Universität wieder in ihrem Hauptgebäude ein Audimax hat. Fingers crossed – ich war noch nie so optimistisch, dass es tatsächlich dazu kommt, aber ich kann auch jetzt wenige Wochen vor Beginn der Vorlesungszeit leider nicht sicher sein. Das vielleicht als ein kleines Schlaglicht auf die fast emotionale Lage, in der wir uns bei dem Thema befinden.

Investitionsplanung heißt ja, dass bisher regelmäßig im Frühjahr eine strukturierte Abfrage durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege erfolgt ist. Wir haben in dieser Abfrage unsere konkreten Baumaßnahmen und Bedarfe für die anstehenden Investitionsprogramme angemeldet. Wir wurden dann jeweils nach Verabschiedung der Landeshaushalte über die Aufnahme von Projekten in die I-Planung informiert. Das war der bisherige Prozess, wobei alle Hochschulen – wir haben jetzt keine vollständige Liste aller Hochschulen vorbereitet, aber alle Hochschulen gemeinschaftlich feststellen können, dass es regelmäßig so war, dass aus unserer Sicht prioritäre Projekte nicht in die I-Planung gekommen sind oder in der I-Planung waren und danach wieder herausgefallen sind. Eine systematisch fachliche strategische Vorgehensweise, wie auch Sie, Frau Brauner, sie gerade angekündigt oder Sie, Herr Schulze, sie angemahnt haben, können wir für die vergangenen Jahre so nicht beobachten. In diesem Jahr hat keine Abfrage stattgefunden, das heißt, es gibt von diesem Jahr keine Aktualisierung zur I-Planung. Es ist natürlich davon auszugehen, dass das mit dem geplanten Systemwechsel auf eine Hochschulbaugesellschaft zu tun hat.

Gleichwohl ist es natürlich eine missliche Situation, denn es ist klar: Unabhängig davon, in welchem Format, über die Investitionsplanung des Landes oder über eine Baugesellschaft, braucht die Senatsverwaltung eine aktuelle Prioritätenliste der Hochschulen. Es muss klar sein, bei welchen Projekten geplant wird, unabhängig davon, in welchem System realisiert wird, denn wenn man mehrere Jahre nicht plant, dann – das wissen wir alle – verzögert sich die Realisierung noch weiter. Ich habe es hier schon mehrfach gesagt: Die Nichtsanierung von Hochschulgebäuden ist das teuerste, was ein Land tun kann, das heißt, es ist eine Verschwendung der sehr knappen Steuergelder. Das ist unsere große Sorge, dass wir in ein weiteres Planungsloch geraten.

Der zweite Punkt ist, dass wir uns als Hochschulen verkleinern. Wir haben jetzt einen aktualisierten Hochschulvertrag, wonach wir im Moment eine realistische Verkleinerungsperspektive haben. Es wird natürlich interessant sein, wie eine künftige Koalition uns welchen Finanzhorizont als Hochschulen gewährt, denn natürlich hängt davon auch ab, in welchem Maße wir weiter Gebäude welcher Art benötigen. Wir brauchen diese klare Finanzperspektive, sowohl konsumtiv als auch investiv, um Prioritätenentscheidungen sinnvoll treffen zu können, und es muss möglich sein, dass wir uns baulich verkleinern und dass wir als Hochschulen davon profitieren. Ich glaube, dazu wird Frau Güttner nachher noch etwas sagen.

Was ist im Moment die Situation für alle Hochschulen? – Dadurch, dass wichtige Projekte in der Investitionsplanung nicht realisiert werden, findet eine Ressourcenverschiebung statt. Haushalts- und Personalmittel müssen verstärkt für Havarien, Betriebssicherheit und Verkehrssicherheit aufgewendet werden. Wir haben inzwischen durchaus Schwierigkeiten im Wettbewerb. Die ganzen Berichterstattungen über die Technische Universität sind natürlich nicht geeignet, den exzellenten Wissenschaftsstandort Berlin glänzen zu lassen.

Ich könnte jetzt auch noch etwas zu konkreten Projekten sagen, die die Humboldt-Universität betreffen. Das eine ist hier schon genannt worden. Ich habe schon die Fertigstellung des Ostflügels genannt, die jetzt hoffentlich tatsächlich erfolgt. Wir haben ein weiteres laufendes Projekt, wo es eigentlich ganz gut läuft, die Ziegelstraße 5. Wir haben immer noch das dringende Problem der Invalidenstraße 110. Hier, denke ich, wäre es notwendig, dass als Teil der I-Planung akzeptiert wird, dass dort, wo den Hochschulen erhebliche Zusatzkosten durch verzögerte Sanierung entstehen, das als zusätzlicher Finanzierungstatbestand anerkannt wird. Wir haben das in kleinem Maße beim Audimax gehabt, dass das Zelt bezahlt wird, aber die Situation, dass wir jedes Jahr 4,5 Millionen Euro für Ersatzanmietungen auf dem Berliner Immobilienmarkt tragen müssen, ist eine, wo ich als Präsidentin der Humboldt-Universität nicht die Verantwortung sehe, sondern die Verantwortung bei denen sehe, die entschieden haben, dass dieses Gebäude nicht saniert wird. Ein solches Konnexitätsprinzip der Verantwortung zu etablieren, würde dem Land, glaube ich, gut anstehen.

Wir haben dann das laufende große Projekt des Forschungsneubaus Optobiologie und die Sanierung Haus 16. Auch das ist etwas, was läuft. Was nicht läuft, ist die Sanierung von Haus 2 auf dem Campus Nord – das ist ein unterirdischer Raum am Campus Nord –, die Ziegelstraße 13, Fassadensanierung, Unter den Linden 6, Chemieabzüge; die hoffen wir jetzt noch selbst realisieren zu können. Sie fragten auch nach mittelfristigen Perspektiven: Adlershof kommt uns neu vor. Es ist aber 25 Jahre alt, und wenn man jetzt weiß, dass in wenigen Jahren dort eine größere Sanierung ansteht, muss man schon jetzt überlegen: Wo sind die Gebäude, in die man dann temporär umziehen kann, um entsprechend die Naturwissenschaften in Adlershof sanieren zu können? Das als ein kurzes Schlaglicht auf die Themen, die aus Sicht der Humboldt-Universität anstehen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann setzen wir mit Frau Güttner fort. – Sie haben das Wort!

Andrea Güttner (FU Berlin): Ganz herzlichen Dank, dass ich heute hier sein darf! Ich glaube, dass die Investitionsplanung des Landes in Bezug auf die Auswirkungen auf die Wissenschaft für die Hochschulen nicht bewertbar ist, ohne den Gesamtzusammenhang der finanziellen Misere Berlins und der damit verbundenen Kürzungen des gesamten Wissenschaftsetats einzubeziehen. Sprich, die fehlenden Mittel im Investitionshaushalt für Hochschulsanierungen und teilweise auch für Neubau können nicht mehr wie beispielsweise vor 10 oder 15 Jahren zumindest im Übergang durch die Hochschuletats aufgefangen werden, sondern müssen im Grunde aktuell stillstehen – vor dem Hintergrund dessen, dass beispielsweise die FU Berlin zur Kofinanzierung des strukturellen Defizits im Haushalt, bis die entsprechenden notwendigen Umstrukturierungen erfolgt sind, durch die Auflösung von Baurücklagen finanzieren muss.

Ich erinnere hier an eine Reduktion um mehr als 6 Prozent eines bereits bewilligten Haushalts der FU, wobei die grundsätzliche Kostenstruktur erst über die nächsten fünf bis acht Jahre angemessen heruntergefahren werden kann. Zusätzlich wurden die Investitionsmittel der Universitäten um etwa ein Viertel des ursprünglichen Volumens gekürzt. Die FU Berlin hat damit für 270 Gebäude, gerechnet ohne den Botanischen Garten, 8,5 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, bei einem gleichzeitigen Sanierungsstau von etwa 1 Milliarde Euro – plus, dass wir von diesen 8,5 Millionen Euro ebenfalls noch die Digitalisierung der Hochschule mitfinanzieren sollen.

Nun kommen wir zur Investitionsplanung des Landes: Wir sind erst einmal sehr dankbar, dass einzelne Projekte, die durch den Hauptausschuss bewilligt wurden, auch noch finanziert werden. Ich spreche hier insbesondere über den Lehrerbildungsbau in der Habelschwerdter Allee – wobei auch hier die Freie Universität zwei Drittel der Baukosten übernimmt und Bauherrin ist –, das Haus L in Lankwitz und den dritten Bauabschnitt in der Chemie. Allerdings nicht nachvollziehbar ist, und das treibt uns sehr um, warum keine Mittel für die weitere Beplanung von Projekten bereitgestellt werden. Unabhängig davon, wie die Politik in Berlin zukünftig Bau, Großsanierungen und auch strategische Planungen formatiert, die weitere Planung notwendiger Sanierungen, die teilweise Jahre bis zur Reife der Maßnahmenumsetzung braucht, muss jetzt erfolgen. Wir haben uns an der Freien Universität auf den Weg zur Verdichtung, zur Kostensenkung und zur Definition von Kerngebäuden gemacht, aber der Sanierungsstau holt uns ein, und wenn jetzt nicht geplant wird, werden die Auswirkungen auch zu Gebäudeschließungen an der Freien Universität führen. Das ist keine Frage der Technischen Universität, sondern es ist in der Berliner Wissenschaft flächendeckend.

Ein Beispiel: Das Ensemble – Frau von Blumenthal hat es eben schon genannt – vom Henry-Ford-Bau und der Universitätsbibliothek machte bereits Anfang der Zweitausenderjahre Sorgen in Bezug auf die Zusammensetzung des Betons. Wurde der Henry-Ford-Bau diesbezüglich komplett saniert, stehen wir nun trotz mehrfacher Investitionsanmeldungen beim Land vor einem Debakel in Bezug auf die Universitätsbibliothek. Der Beton zersetzt sich, und wir werden in die Gebäudestützung kommen. Das sieht man dann im Übrigen auch außen, und das hat nichts mit meiner Technischen Abteilung zu tun, sondern das ist ein Sanierungsfall, den wir 2003 erstmalig angemeldet haben und wo uns nicht bekannt ist, warum solche Investitionsplanungen nicht finanziert wurden. Die Kriterien und auch die Prioritätensetzung erschließen sich uns nicht. Eine Transparenz, wie Mittel verteilt werden, muss hergestellt werden. Sachliche Kriterien und schnelle Entscheidungen sind elementar für die Hochschulen.

Wenn die Universität in die Situation kommt, schließen zu müssen, dann kann nur aus dem aktuellen Bestand oder über Anmietungen agiert werden. Sowohl die Ertüchtigung von Gebäuden als auch die Anmietung erfordern allerdings finanzielle Mittel, die die Hochschulen nicht mehr haben werden – wahrscheinlich früher als erwartet, unter anderem dank der sehr wahrscheinlich kommenden Hauptstadtzulage, deren Finanzierung ebenfalls noch offen ist. Auch hier bedarf es zusätzlicher Mittel für die Universitäten und Hochschulen, um Mieten zu finanzieren, aber auch um zu verdichten, Teile der Wissenschaften an Gebäudekomplexen und Gebäuden zu fokussieren. Hierfür bedarf es Mittel, die über die KGSt-Werte, die wir aktuell in die Haushalte einfließen lassen, nicht bestritten werden können, denn das sind echte Investitionsmittel.

Diejenigen unter uns, die bereits verdichtet haben, würden gerne die ersten Gebäude entsprechend des Prozederes des Landes verkaufen, um die hieraus resultierenden Mittel den eigenen Investitionen zuzuführen. Ich erinnere an den Hochschulvertrag, wo genau dies ermöglicht wird. Auch hier fordere ich eine schnellere Aktion und eine klare Abstimmung mit den Hochschulen. Selbstverständlich ist mir das Prozedere in Bezug auf Liegenschaftsportfolien bekannt, aber es kann nicht sein, dass es einfach irgendwo liegen bleibt und ich seit über einem Jahr versuche, drei Grundstücke, die leergezogen sind, zu verkaufen beziehungsweise zumindest abzugeben, sodass ich den Betrieb dieses Gebäudes beziehungsweise die Grundsicherung mit mindestens 25 000 bis 50 000 Euro im Jahr nicht mehr finanzieren muss.

In den letzten Monaten wurden die Hochschulen mit Vorwürfen konfrontiert, ihnen müsse die Verantwortung für die Gebäude entzogen werden. Medien sprangen hier enthusiastisch auf, zuletzt im Spiegel. Die FU wurde mit Mängeln konfrontiert, die wir dank einer Hand in Hand laufenden Fachbereichsverwaltung und einer herausragenden Technischen Abteilung innerhalb von vier Tagen in den Griff bekommen haben. Wir reden hier also nicht über Bauunterhalt, sondern wir reden über Investitionen des Landes in den Hochschulbau. Wir brauchen mehr Mittel für Investitionen, mit oder ohne die BHG. Wir müssen einen höheren Anteil an den Infrastrukturmitteln des Bundes erhalten.

Hier rede ich auch nicht nur von der Technischen Universität. Die Gebäudesubstanz in unseren Gebäuden an der Freien Universität ist mit Sicherheit ebenso sanierungsbedürftig wie die der Technischen Universität. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass wir in eine ähnliche Situation kommen, ohne dass ich möchte, dass irgendjemand hier sagt: Ja, das war mit Sicherheit die Technische Abteilung, die hat den Bauunterhalt nicht angemessenen gemacht. – Nein. Wir kommen mit dem Bauunterhalt nicht hinterher, wenn die Großsanierungen nicht erfolgen, weil der Bauunterhalt immer größere Maßnahmen erfordert, um die Gebäude im Betrieb zu belassen. Wir müssen ein System der Priorisierung von Bausanierungen unter klaren Kriterien haben. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Hochschulbauentwicklungsplanung neu aufsetzen, und wir müssen unbedingt jetzt planen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Jetzt ist Frau Dr. Neuhaus an der Reihe.

Dr. Julia Neuhaus (BHT): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und auch vielen Dank, dass Sie dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben, denn ich glaube, dass es ein Thema ist, das die Zukunftsfähigkeit des Landes Berlin massiv beeinflussen wird. Zukunftsfähig ist das Land genau dann, wenn kluge Köpfe zur Verfügung stehen. Wann stehen kluge

Köpfe zur Verfügung? Wie können wir sie qualifizieren? – Wenn sie in zukunftsfähigen Umgebungen ausgebildet werden. Wenn ihnen Raum für Lernen, Forschen und kreative neue Ideen gegeben wird.

Wenn wir uns anschauen, wie wir Investitionen gestalten – so haben wir es gerade schon gehört –, gibt es zwei Finanzierungswege für Investitionen. Beide stehen derzeit unter Druck. Fangen wir mit den kleinen investiven Zuschüssen des Landes an die Hochschulen an. Frau Güttner hat es gesagt: Um circa 25 Prozent wurden im Änderungsvertrag die investiven Zuschüsse gekürzt, das heißt, für alle Hochschulen auf 75 Prozent – immerhin. In Summe sind das noch 32 Millionen Euro pro Jahr. Wir haben natürlich immer die Möglichkeit, das über die konsumtiven Zuschüsse, die auch gekürzt wurden, wieder aufzustocken. Diese investiven Zuschüsse sind dafür da, dass wir kleinere und mittlere Investitionen machen, also – auch das hat Frau Güttner gesagt – Digitalisierung, Laborausstattung, Lehr- und Forschungsinfrastruktur an den Hochschulen, die wir davon finanzieren.

Was hat die Reduzierung auf das Niveau von 75 Prozent zur Folge? – Modernisierung und Digitalisierung werden gebremst. Wir haben darüber gesprochen, dass die Hochschulen sich verkleinern sollen, doch auch Flächeneinsparungen, die an manchen Wissenschaftseinrichtungen, Hochschulen und auch HAWs vielleicht möglich erscheinen, müssen mit Investitionen einhergehen, denn die Flächen, die reduziert werden, erfordern, dass man andere Flächen ertüchtigt. Dafür ist aber gar kein Geld da. Innovative Lernräume und Labore für die klugen Köpfe von morgen können nicht ausreichend ausgestattet werden, sodass man im Zweifel in veralteten Infrastrukturen arbeitet und lernt. Das Problem ist also an dieser Stelle: Die Hochschulen sollen effizienter und moderner werden, bekommen aber weniger Geld für diese notwendigen Investitionen.

Kommen wir zur I-Planung des Landes: Ich sage manchmal, es ist die I-Planungslotterie. Wir sprechen hier von großen Bau- und Sanierungsvorhaben. Wenn ich einmal ganz kurz auf die BHT schauen darf: Wenn ich mir ansehe, wie viele Anträge wir gestellt haben – nicht in diesem Jahr, aber davor in den Jahren – und wie viele Anträge abgelehnt wurden, dann ist das bedauerlich. Natürlich hat das Land nicht ausreichend Geld, um allen Anträgen gerecht zu werden, aber – auch das haben meine beiden Vorrednerinnen schon gesagt – es ist einfach völlig unklar, nach welchen Kriterien man an dieser Stelle hineinkommt.

Herr Schulze hat gesagt, wir haben laut des HIS-Gutachtens einen Investitionsstau von 8 Milliarden Euro. Ob diese 8 Milliarden Euro jetzt die richtige Zahl sind, oder ob es nur 6 sind oder 10 sind, darüber können wir ganz viel debattieren – das haben wir im Rahmen der Hochschulbaugesellschaft an dieser Stelle auch schon öfter –, ist aber aus meiner Sicht nicht kriegsentscheidend. Fakt ist: Die Zahl ist so hoch, dass wir sie so nicht stemmen können. Was wir brauchen, ist sicherlich ein neues aktualisiertes HIS-Gutachten, wo neue Entwicklungen hineingekommen sind, wo wir eine verlässliche Zahl haben und auch unterscheiden, in welchen Fristigkeiten wir sie brauchen. Fakt ist aber: Egal, wie viel Geld es ist, um wie viele Milliarden Euro es geht, es reicht nicht.

Wir brauchen eine klare Priorisierung. Wir brauchen klare Planungssicherheit für die Hochschulen, und es stellt sich auch die Frage, was mit den Hochschulen passiert, die nicht prioritär dabei sind. Denn uns muss allen klar sein: Jede Verzögerung führt zu steigenden Kosten. Die Baukostensteigerung ist größer, als es derzeit die Zinsen für Kredite sind, sodass wir uns

so etwas genauer ansehen und an dieser Stelle wirklich überlegen müssen: Wie bekommen wir über die nächsten Jahre einen verlässlichen Abbau dieses großen Investitionsstaus hin? Was bekommen die Hochschulen, die nicht an der ersten Front dabei sind? Im Extremfall führt dieses Verhalten, das wir in den letzten Jahren erleben, zu Gebäudeschließungen. Das sehen wir ganz massiv an der TU. Das sehen wir aber auch an anderen Hochschulen. Wir sehen, dass das kommen kann, aber wir sehen ebenso – ich habe es schon regelmäßig berichtet –, dass es auch an den HAWs der Fall ist, die hier vielleicht nicht immer so ganz im Fokus sind. Dazu komme ich gleich noch.

Die Lösung soll die Hochschulbaugesellschaft sein. Auch darüber haben wir hier vielfach diskutiert. Ich möchte jetzt ungern die Argumente pro und kontra an dieser Stelle darstellen. Mir ist nur wichtig: Die Hochschulen waren immer dafür, eine verlässliche Planung, auch über eine Hochschulbaugesellschaft, ins Leben zu rufen und hier in ein anderes Modell einzusteigen. Aber: Es geht um die Frage der Umsetzung, die Art, wie es aufgesetzt wurde und wie man das auf den Weg bringt. Darüber haben wir vielfach diskutiert. Wie gesagt, diese Argumente brauchen wir nicht weiterzuführen, aber dass es ein Umdenken braucht, um diesen Sanierungsstau zu beheben, das ist das Entscheidende, und das ist das, was wir angehen müssen. Ansonsten, und da bin ich wieder bei meinem Eingang, fehlt die Zukunftsfähigkeit des Landes Berlin.

Schauen wir einmal auf die HAWs: Die HAWs sind manchmal ein bisschen unterrepräsentiert in diesen Diskussionen. Sicherlich haben wir nicht die große Gebäudeanzahl wie die Universitäten, aber dass im Rahmen der Prioritätsprojekte der Hochschulbaugesellschaft nicht ein HAW-Projekt dabei ist, lässt mich überrascht schauen. Jetzt kann man sagen: Es war keines im zeitlichen Rahmen so dabei, dass man das sofort hätte implementieren können. Dann frage ich aber: Warum denn nicht? Und diese Frage können wir beantworten: Weil wir in der I-Planung überhaupt nicht so berücksichtigt wurden, als dass wir in eine Planung hätten einsteigen können.

Das heißt, gerade die HAWs, die anwendungsorientierte Ausbildung machen, die für die Fachkräftesicherung stehen, die genau die praxisnahen Labore haben und unbedingt in innovative Projekte gehen müssen, müssen auch weiterhin mit in den Fokus genommen werden. Diese moderne Ausbildungsinfrastruktur ist für das Land Berlin unverzichtbar. Deswegen ist es wichtig, dass wir die spezifischen Anforderungen der HAWs stärker berücksichtigen, zum Beispiel, indem man sich eine Verteilung überlegt, relativ zu Studierendenzahlen, relativ zu Flächen, dass man sagt: An welcher Stelle sind die Universitäten? Wie viel Fläche muss ich da sanieren? Wie viel Fläche muss ich an den HAWs und wie viel gegebenenfalls auch an den Kunsthochschulen sanieren, die hier heute nicht vertreten sind?

Was sind also die Handlungsbedarfe? – Wir sehen, dass wir durch die Debatten über einen anderen Umgang mit Investitionen nicht dahin kommen dürfen, dass wir in einen Stillstand kommen. Das sind wir derzeit. Unsere Gebäude verfallen weiterhin. Wir müssen aber jetzt planen. Wir brauchen etwas für die Übergangszeit. Wir brauchen etwas, bis wir Verlässlichkeit haben. Wir brauchen diese Verteilung, von der ich eben gesprochen habe. Es muss klar sein: Nicht nur zwischen den Wissenschaftseinrichtungen gibt es Verteilungskämpfe, es gibt auch den Wettbewerb mit Schulen, Straßen und anderen Infrastruktureinrichtungen. Auch an dieser Stelle muss die Frage gestellt werden: Welche Bedeutung hat die Berliner Wissen-

schaft? Welche Bedeutung hat eigentlich die Zukunftsfähigkeit des Landes Berlin an der Stelle? Und das muss verlässlich für viele Jahre festgeschrieben werden.

Es braucht – auch das hat Julia von Blumenthal schon gesagt – transparente Kriterien, Stichwort I-Planungslotterie. Nach welchen Kriterien wird welches Projekt in die I-Planung aufgenommen? Wann kann man sich darauf verlassen, berücksichtigt zu werden? Was braucht es dafür? – Wir brauchen klare Vorgaben, damit wir auch unsere Anträge entsprechend ausrichten können. Neben einer stabilen Grundfinanzierung brauchen wir die Möglichkeit, über Bundesmittel – und auch über die Unterstützung des Berliner Senats, die Bundesmittel einzuwerben, entsprechend der Frist abzurufen und so weiter – zusätzliche Finanzierungen zu realisieren.

Wir haben jetzt in den Änderungsverträgen mit den investiven Zuschüssen des Landes Berlin bis 2028 auf dem Niveau von 75 Prozent eine Planungssicherheit. Das ist für kleinere Investitionsmaßnahmen erst einmal gut, weil wir wissen, womit wir umgehen können. Das ist natürlich zu wenig, das ist klar, denn 32 Millionen Euro für die gesamten Berliner Hochschulen sind, wie schon gesagt, nicht auskömmlich. Nichtsdestotrotz haben wir erst einmal eine Planungsperspektive, und die Wissenschaftseinrichtungen sind für Planungssicherheit in der heutigen Zeit sehr dankbar. Was wir aber dazu brauchen, ist die strategische Investitionsperspektive. Die Frage ist: Wie bekommen wir langfristig Geld für Modernisierung, Digitalisierung, Neubau und die dringend benötigten Sanierungen?

Wichtig ist an dieser Stelle: Kluge Köpfe dürfen nicht Konkurrent zur Infrastrukturinvestition sein, Stichwort: Konsumtive Zuschüsse können ja die investiven Zuschüsse auffangen. – Das darf uns nicht so gehen. Abschließend möchte ich deshalb sagen: Innovationen, die das Land Berlin so dringend braucht, entstehen durch kluge Köpfe, und kluge Köpfe entstehen durch kluge Umfeldler. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Herzlichen Dank! – Zum Schluss ist Herr Ruiz an der Reihe, der uns digital zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort!

Marcelo Ruiz (HIS-HE) [zugeschaltet]: Erst einmal möchte ich mich für die Einladung bedanken, vor Ihnen referieren zu können!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Lassen Sie mich kurz etwas zu unserem Institut für Hochschulentwicklung sagen: Wir sind ein von den Ländern getragenes, unabhängiges Kompetenzzentrum und finanzieren uns sozusagen zum Teil auch aus Ihrer Hand. Dann akquirieren wir aber auch Aufträge von den Hochschulen. Das bedeutet, dass wir seit mehr als 30 Jahren mit Fragen der Bedarfs- und Investitionsplanung betraut sind. Als ich 2007 bei HIS angefangen habe, war das in dem Programm HEUREKA, also der Investitionsplanung Hessens, und Hessen nahm damals 3 Millionen Euro für die Sanierung der Hochschulgebäude in die Hand. Ich habe auch an der Evaluierung und Neuformulierung der Richtlinien Flächenbedarf für die Berliner Fachhochschulen und Universitäten mitgearbeitet, genauso wie ich die Landeshochschulstandortentwicklungsplanung, die L-HSEP, mitentwickelt habe.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich würde dem Thema gerne ein bisschen Kontext geben und erst einmal etwas zum Wissenschaftsstandort Berlin sagen. Rechts in der Grafik sehen Sie die rote Linie. Das ist Berlin. Das sind die herausragend hohen Investitionen in Forschung und Lehre, die in Ihrem Land getätigt werden, und Sie befinden sich da eher in einer Liga mit Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Das ist überproportional hoch. Der Wissenschaftsstandort Berlin zeichnet sich durch eine enorme Agilität, Attraktivität, Dichte und auch finanzielle Stärke aus. Jetzt ist der Anteil, den Sie verantworten, natürlich nur ein Teil, ein großer Teil, davon. Es gibt auch Bundesmittel, und Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und andere Einrichtungen sind in dieser Grafik ebenfalls vertreten.

Wenn man sich jetzt dem Thema Sanierungsstau nähert, dann haben Sie im Grunde genommen in Berlin eine doppelte Sanierungslast gehabt, anders als in anderen Bundesländern. In Westberlin sind die Siebzigerjahre genauso wie in der restlichen westdeutschen Republik von einem Bauboom geprägt gewesen, und die Maschinen der naturwissenschaftlichen Gebäude sind nach 30, 40 Jahren auf jeden Fall auch in die Sanierungslast getreten. In Ostberlin war die Situation eine andere. Da sind es die historischen Altbauten und in gewisser Weise auch eine substanzschwache DDR-Baustruktur gewesen. Ebenso ein Alleinstellungsmerkmal von Berlin ist ein Post-Wende-Boom, eine Sonderphase, die Sie dort gemacht haben, wo bei den Universitäten enorme Restrukturierungen und Fusionen stattfanden, aber auch enorme Anstrengungen. Adlershof wurde gerade schon genannt. Ich selbst habe an der HTW gutachterlich gearbeitet und kenne den Wilhelminenhof. Da sind tolle neue Hochschulgebäude entstanden.

Das letzte Schlaglicht, das ich werfen möchte, ist ein Blick auf die Studierendenzahlen. Da hat es eine enorme Entwicklung gegeben. Das Wachstum bei den Studierendenzahlen in dem Zeitraum 2010 bis 2024 ist das dritthöchste in der gesamten Republik. Diese Zahl ist einerseits positiv, aber sie zeigt andererseits auch, welche Last, welche Finanzierungslast Sie tragen müssen, weil Sie Forschung und Lehre für diese große Studierendenzahl tragen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Damit würde ich zur Investitionsplanung überleiten. Es wurde gerade schon angesprochen, und ich würde zunächst eine Facette der Investitionsplanung ansprechen, nämlich die Investitionsplanung als strategisches Instrument. Sie ist angetreten, um die Planungssicherheit gegenüber den zweijährigen Doppelhaushalten zu erhöhen und zu verbessern. Aufgrund der Mittelknappheiten – und ich glaube, das ist in der Diskussion gerade auch schon deutlich geworden – und schwankender politischer Prioritäten ist diese Planungssicherheit unter Druck geraten. Die Aufnahmen in die I-Planung basierten eigentlich immer auf aus Hochschulsicht maximalen Forderungen, aber nicht auf einer aus Landessicht abgestimmten systematischen Entscheidung. Sie ist auch – das ist ein Thema, das ich gerne einbringen würde – Teil einer fragmentierten Zuständigkeit im Hochschulbau. Das ist das Planungsinstrument des Landes, um die Investitionsplanung zu strukturieren. Hochschulen dürfen Anträge stellen, aber das ist kein gemeinsames, den Hochschulbereich insgesamt abdeckendes Planungsinstrument.

Ein Aspekt, der mir auch wichtig ist, ist das Festhalten am Minimalprinzip. Lassen Sie mich das erläutern: Im Moment läuft es im Hochschulbau so, dass Sie einen Bedarf feststellen, der

dann mit minimalem Aufwand umgesetzt werden soll. Dann fragt man sich, ob die Sanierung der minimalste Aufwand ist, Neubau, Anmietung et cetera. Dieses Prinzip ist angesichts knapper Kassen aus meiner Sicht kontraproduktiv. Eine Empfehlung wäre, dass Sie das Maximalprinzip greifen lassen, dass Sie also aus vorhandenen Mitteln, so begrenzt sie auch immer sein mögen, das Maximale herausholen wollen. Das ist eine Logik, die Anreize für mehr Flächensuffizienz und einen sparsamen Umgang mit den knappen Mitteln schafft. Das vielleicht angeteasert, darüber können wir gerne auch noch sprechen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich würde gerne etwas zur zweiten Facette der Investitionsplanung sagen, der I-Planung als Programm mit Mitteln. Wir haben es schon gehört, es sind umkämpfte, haushaltspolitisch knappe Ressourcenzuordnungen, die sich in diesem Programm widerspiegeln. Der Investitionsbedarf ist höher, das bildet die I-Planung aber nicht ab. Das haben meine Vorrednerinnen auch schon angesprochen, dem würde ich mich anschließen. Es ist im Grunde genommen offenkundig, dass das keine nachhaltige Finanzierung ist. Ich habe mir die Mühe gemacht, die aktuelle I-Planung 2025 bis 2029 plus weitere Informationen darzustellen, also: Was steckt an Bundesmitteln noch darin? Wo sind die BHG-Piloten ablesbar? In der rechten Grafik sehen Sie eine Darstellung aus der alten L-HSEP, und der unten liegende violett eingerahmte Balken ist quasi die neue Simulation, vereinfacht. Diese 200 000 Euro pro Jahr scheinen mir, im Moment zumindest, eine realistische Höhe zu sein, die Sie schaffen – auch in den nächsten Jahren. Das ist eine Momentaufnahme, was zumindest realistisch erscheint.

Unsere Empfehlung wäre an der Stelle: Klar, man kann die Bedarfe absenken, durch mehr Flächensuffizienz, im Bürobereich, bei den Lehrflächen und auch an anderer Stelle, aber meine Empfehlung wäre, diesen Kostenblock nicht isoliert zu betrachten – Stichwort fragmentierte Zuständigkeiten –, sondern das mit den Ausgaben für Personal und den sonstigen Ausgaben zusammen zu denken. Wenn man sich diese Ausgaben in ihrer Höhe anschaut, lassen sie sich beziffern. Das habe ich in den Klammern dort getan. Meiner Meinung nach, ich komme vom Hochschulbau, und Sie diskutieren die Misere dort auch, die problematische Lage, müssten Mittel zugunsten des Baus insgesamt verschoben werden, um zumindest die Unterbringung von Forschung und Lehre nachhaltig zu sichern. Eine andere Empfehlung ist aber auch, dass Sie die Hochschulen in die bauliche Verantwortung hineinlassen müssen, aber auch in die Verantwortung nehmen müssen. Gerne würde ich mit Ihnen darüber gleich noch diskutieren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich ein Schlaglicht auf das werfen, was wir als HIS zum Thema Flächensuffizienz beisteuern können: Hier sehen Sie das Land Berlin im Bereich eines Rankings. Da sind nur die Büroflächenfaktoren, Ausstattungen verglichen worden. Da liegen Sie noch ziemlich weit links über dem Durchschnitt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir können gerne auch über die Auslastung im Bürobereich sprechen, vor und nach Corona. Die liegt ungefähr bei 30 Prozent.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir können über die Auslastung von Lehrflächen sprechen. Da sehen Sie die Punkte, und die sollten eigentlich oben rechts in dem grünen Bereich liegen. Hier sind es die Hörsäle, wie gut sie zeitlich und platzmäßig ausgelastet sind – alles Bereiche, in denen man noch optimieren kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Genauso wie in dieser Grafik gezeigt wird, dass zu bestimmten Zeiten an bestimmten Tagen ganz viele Studierende an der Hochschule anwesend sind, und an anderen nicht. In manchen Ländern unter manchen Rahmenbedingungen wird dann auf der bedarfsplanerischen Ebene diskutiert: Wie hoch müssen die Flächen sein, um den Peak abbilden zu können? In anderen Ländern unter anderen Rahmenbedingungen wird diskutiert, wie man ein Peak-Shaving erreicht, also eine gleichmäßigere Verteilung der Studierenden über die Woche, um mit den begrenzten Lehrflächen auszukommen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das war es schon mit meinem Vortrag. – Vielen Dank! Ich freue mich auf die Diskussion.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen herzlichen Dank! – Bevor wir gleich in die Frageunde eintreten, hat sich der Staatssekretär zu Wort gemeldet. – Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden von den hier anwesenden Hochschulen und auch an Herrn Ruiz aus Hannover! Ich will zur Einordnung noch einmal sagen: Es ist, glaube ich, vollkommen richtig und unstrittig, dass wir – das habe ich auch schon häufiger in diesem Ausschuss gesagt – in der gesamten Republik das Problem haben, dass wir seit Jahrzehnten zu wenig Geld in unsere öffentliche Infrastruktur investieren und dass wir das ändern müssen.

Gleichwohl möchte ich eine Perspektive wagen, dass gerade im Wissenschaftsbereich in Berlin in den letzten zehn Jahren trotz des nach wie vor sehr dringlichen Sanierungsstaus auch einiges passiert ist. Da gebe ich Frau Neuhaus absolut recht, dass das Problem vor allen Dingen die Baukosten sind, die aber gerade im Zuge der Coronakrise und des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine noch einmal in einer Form explodiert sind, wie wir es bis dahin noch nicht gesehen haben. Eigentlich waren wir davor durchaus in einer Phase, wo wir etwas vor die Welle kamen. Durch diesen Tsunami der Baukostenexplosion sind wir durch die Welle wieder etwas unterrollt worden.

Gleichwohl möchte ich die Perspektive wagen, dass in den letzten zehn Jahren doch 55 Sanierungsprojekte mit circa 2,8 Milliarden Euro bewerkstelligt worden sind, und immerhin 29 Neubauprojekte mit insgesamt 1,9 Milliarden Euro. Das ist vielleicht auch noch eine interessante Diskussion für die künftigen Jahre, wie sehr sich hier die Volumina vom Neubau in Richtung Sanierung verschieben sollten. Es ist mir aber wichtig zu betonen: Es ist nicht so, als wäre nichts geschehen.

Nun hat Herr Ruiz vieles zur Einordnung der Funktion der I-Planung gesagt. Dafür bin ich sehr dankbar, und deshalb werde ich dazu gar nichts weiter sagen müssen. Ich möchte aber ein Wort aufgreifen, nämlich das der Planungslotterie, ob das nun in den Funktionen abgedeckt ist oder nicht. Denn ja, das teile ich. Das ist eines der großen Probleme, die wir miteinander diskutieren. Wir haben zwei Probleme: Erstens sehen es die Haushaltsgesetze vor, dass wir die Planungen nicht vorantreiben dürfen, es sei denn, es ist in der I-Planung, und wenn es aus der I-Planung fliegt, dürfen die Planungen nicht vorangetrieben werden. Das ist ein großes Problem. Das Zweite ist dieses Volatile, weil sehr viele verschiedene Stellen mit sehr unterschiedlichen Logiken darauf blicken. Eine Hochschule wendet eine andere Logik an als eine Senatsverwaltung für Wissenschaft. Eine Senatsverwaltung für Bauen hat wiederum eine etwas andere Logik und Haushälterinnen und Haushälter noch einmal eine ganz andere.

Da die Hochschulbaugesellschaft verschiedentlich angesprochen worden ist, möchte ich hier für eine Sache noch einmal stark werben: Es gibt da sicherlich Dinge, bei denen wir unterschiedlicher Auffassung sind. Gerade die Hochschulen kritisieren die Frage der Einbindung der Hochschulen. Es gibt auch noch andere Kritiken. Die haben wir hier auch im Ausschuss – das haben Sie schon gesagt – hinlänglich besprochen. Ich glaube, es bleibt dabei, dass man sich da vielleicht noch gemeinsam annähern kann. Der entscheidende Punkt, und dafür möchte ich hier noch einmal werben, ist dieser Systemwechsel. Die Hochschulbaugesellschaft ist eben genau so konstruiert, dass sie eher über die Zuschüsse und die Mietzahlungen funktioniert und über Kredite genau das tut, was Frau Neuhaus angemahnt hat; Kredite sind zurzeit günstiger als Baukosten. Sie leistet es, dass wir Planungen vorantreiben können, ohne dass wir diese I-Planungslotterie im Nacken haben, die Planungen immer wieder zunichtemacht. Wir werden Projekte zu jedem Zeitpunkt planen können. Das ist etwas, was eine gigantische Beschleunigung vom jetzigen lethargischen System bringt und uns Milliarden sparen wird, einfach, weil wir nicht jedes Mal die Baukosten komplett mitnehmen.

Was auch noch wichtig ist: Die Frage, was denn in welcher Planung bleibt oder nicht – wie auch Frau Güttner angesprochen hat –, stellt sich für Sie als intransparent dar, und das ist etwas, was wir dadurch bewerkstelligen können, dass wir uns durch Steuerungskreise und andere Funktionen in dem Aufbaupfad gemeinsam darüber unterhalten, wie das kommen wird. Ich weiß, dass es immer noch unterschiedliche Vorstellungen gibt, wie das genau auszusehen hat, aber allein das ist schon eine massive Verbesserung zu dem, wie wir es heutzutage machen. Ich glaube, dass wir dieses System der Priorisierung – das hat Herr Ruiz in seinem Vortrag erwähnt –, das wir in der Landeshochschulstandortentwicklungsplanung mit dem Drei-Säulen-Modell ja eigentlich haben, aktualisieren müssen und dass wir gerade unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit noch einmal einiges diskutieren müssen. Für mich ist aber klar: Die Priorisierung muss natürlich von den Hochschulen kommen, und sonst gilt: Worst is first.

Vielleicht noch ganz kurz zu der Frage, wenn wir Flächen als Vermögen aktivieren: Ich persönlich könnte mir gut vorstellen, dass, wenn man Liegenschaften aktiviert, sie auch dazu genutzt werden können, weitere Sanierungen heranzutragen. Ob das dann dem Landesportfolioausschuss oder der Baugesellschaft oder der einzelnen Hochschule zugutekommt, wird man diskutieren müssen. Da gibt es, glaube ich, für jede Frage gute Pros und Kontras. Aber dass wir Flächen, die wir nicht mehr brauchen, solange wir darauf nicht zum Beispiel öffentlichen Wohnungsbau realisieren, aktivieren können, könnte ich mir persönlich vorstellen.

Ich möchte mit einer letzten Sache enden: Ja, es ist in der Tat so, dass in diesen Pilotprojekten universitäre Projekte veranschlagt sind. Das ist aber auch bekannt. Das liegt daran, dass es die planungsreifen Projekte waren. Frau Dr. Neuhaus, bei allem Respekt: Insbesondere die BHT ist mit einem Projekt von fast einer halben Milliarde Euro mit Tegel dabei. Von daher vermag ich da nicht wirklich zu erkennen, dass die HAWs nicht vorkommen.

Vorsitzende Franziska Brychey: Jetzt lese ich einmal die Redeliste vor: Herr Schulze, Herr Trefzer und Frau Neugebauer stehen darauf. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Sie waren sehr spannend und haben den Finger in die Wunde im Hinblick auf das gelegt, was wir in der kommenden Legislaturperiode zu tun haben, sowohl was die Prozesse und den finanziellen Rahmen betrifft als auch – und das haben wir gemerkt – die Abstimmung zwischen dem, was an Hochschulstrukturentwicklungsplanung passiert, und dem, was dann an investiven Folgen daraus umzusetzen ist. Dass wir das enger verzahnen müssen, darauf hat auch Herr Ruiz hingewiesen, und dafür bin ich ihm dankbar, denn ich glaube, dass das in der Tat eine zentrale Aufgabe ist, die wir da haben. Das würde dann auch ein bisschen das Thema Zusammenspiel mit der I-Planung erklären, dass eben diese Prozesse aufeinander eingestellt werden müssen.

Wir wollen zusehen, dass wir einen Großteil der Kürzungen wieder zurücknehmen, aber nicht einfach, indem wir die Kürzungen zurücknehmen, sondern indem wir wieder mehr Geld in die Hochschulen investieren, um eine zukunftsfähige Struktur zu schaffen. Das heißt, die Debatten, die jetzt im Rahmen der Kürzungen stattgefunden haben, müssen natürlich aufgenommen werden, und trotzdem geht es nicht darum, die Hochschulen zusammenzustreichen und die Studienplätze zusammenzustreichen, sondern in Zukunft die Studienplätze an den richtigen Stellen wieder auszubauen und die Studienplätze, die noch nicht weggekürzt worden sind, zu erhalten und auch das Personal zu halten. Wir können uns in Berlin nicht leisten, gutes Wissenschaftspersonal oder auch wissenschaftsunterstützendes Personal gehen zu lassen oder gar rauszuschmeißen, weil wir die Menschen dringend brauchen und weil sie Goldstaub sind und nicht auf der Straße herumliegen.

Ich glaube, das sind die Herausforderungen, die wir dann auch bei dem finanziellen Teil haben. Wenn wir das haben, dann hat es natürlich Folgen für die investiven Entscheidungen. Die Frage, welche Studiengänge, welche Fächer, welche Forschungsbereiche wir priorisieren, hat Folgen für die investiven Entscheidungen. Ich glaube, diesen Dialog mit Ihnen gemeinsam zu führen, ist eine zentrale Herausforderung für die kommende Legislaturperiode. Darauf haben Sie auch hingewiesen. Es darf eben keine Lotterie sein.

Noch einmal in Richtung des Staatssekretärs: Was wir in Berlin zu oft sehen, ist, dass politische Entscheidungen zum Beispiel hier von den Fraktionsspitzen gefällt werden und dann durch die Entwicklungsplanung nachvollzogen werden. Das heißt also, sie werden dann danach hineingeschrieben. Sie haben auch gerade gesagt, dass sie aktualisiert werden müsste. Ich glaube, das in den vorlaufenden Prozess zu bekommen und tatsächlich die Debatten über die Hochschulstruktur der Zukunft zuerst zu führen und dann investive Entscheidungen zu treffen, die auch halten und nicht wieder einkassiert werden, so muss ein guter Prozess für die Zukunft aussehen. – Das war jetzt nur die Vorbemerkung von meiner Seite dazu.

Ich habe ein paar Fragen. Die erste Frage: Wie sieht es denn aus mit der Hochschulbaugesellschaft? Das frage ich jetzt einmal in Richtung des Staatssekretärs beziehungsweise des Senats. Bekommen wir sie in dieser Legislaturperiode noch in die Spur, oder ist damit zu rechnen, dass das ein Thema für die kommende Legislaturperiode wird?

Dann eine Frage, die ich an die Hochschulen stellen möchte: Herr Ruiz hat auf die Flächeneinsparpotenziale oder Effizienzpotenziale hingewiesen. Wir haben unterschiedliche Aussa-

gen dazu. Wir hatten hier auch schon die Aussage: Das ist eigentlich ausgereizt, und da ist nicht mehr viel zu machen, die Hörsäle sind eigentlich voll. – Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, auch zu den Zahlen, die Herr Ruiz gerade angeführt hat. Wie viel lässt sich denn bei Büroflächen, bei Lehrflächen und so weiter noch machen, um Effizienzen zu heben und vielleicht Räume noch intensiver zu nutzen? Gibt es da wirklich Möglichkeiten, oder sagen Sie, dass da nicht mehr viel geht?

Zum Thema einer möglichen Planung möchte ich an die Hochschulen noch die Frage stellen: Sie haben ja auch als LKRP eine eigene Investitionsplanung oder Sanierungsplanung, zumindest einmal darüber geredet; ich weiß nicht, wie der Stand ist, vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen. Wäre es denn möglich, dass sich die Politik und die Hochschulen nach der Wahl, nach möglichen Koalitionsverhandlungen zusammensetzen, um gemeinsam auf der Grundlage eines vielleicht aktualisierten HIS-Gutachtens – da wäre die Frage an Herrn Ruiz, ob die HIS die Notwendigkeit sieht, das zu aktualisieren – die Hochschulentwicklungsplanung so weiterzuentwickeln, dass aus Ihrer Sicht und für uns auch finanziell darstellbar die Möglichkeit besteht, zu einem kontinuierlichen Planungs- und dann auch Umsetzungsprozess für die, sagen wir einmal, kommenden zehn Jahre zu gelangen? Denn das ist, glaube ich, der Zeithorizont, der dran ist. Sie haben auch angemahnt, dass jetzt angefangen werden muss zu planen. Das muss sehr schnell gehen, damit die Sachen auch in eine Reihenfolge und dann in die Umsetzung gebracht werden können.

Dann habe ich noch eine Frage zu den Mietkosten, die Sie jetzt aufgrund von verschobenen Sanierungen haben. Da sind offenbar Verhandlungen mit dem Senat gelaufen, und es gab auch einzelne Übernahmen, wie das Zelt im Innenhof der HU. Vielleicht können sich die anderen auch noch dazu äußern. Wie hoch sind die Mietkosten bei Ihnen, die sich aufgrund von nicht getätigten Investitionen ergeben? Vielleicht gibt es auch weitere Kosten, die durch nicht getätigte Investitionen entstanden sind. Wie sehen Sie außerdem die Entwicklung dieser Kosten? Denn das ist ja auch etwas, das sich dann unmittelbar auf die Finanzplanung niederschlägt. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann ist jetzt Herr Trefzer an der Reihe.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für Ihre mahnenden und aufrüttelnden Statements! Das Thema Sanierungstau ist ja kein neues Thema. Wir reden hier seit Jahren über fehlende Investitionsmittel, und spätestens nach dem rheform-Gutachten 2018 war eigentlich klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Ich habe hier so ein bisschen ein Déjà-vu-Erlebnis. Am Ende der vergangenen Legislaturperiode, im Sommer 2021 vor fünf Jahren, haben wir im Grunde genau das Gleiche gesagt, was wir heute gesagt haben: Es besteht dringender Handlungsbedarf, und die künftige Koalition ist dann gehalten, das in die Hand zu nehmen. – Jetzt sind wir fünf Jahre später dran und eigentlich ist nichts Wesentliches passiert. Klar, Herr Staatssekretär, es kamen Energiepreiserhöhungen im Zuge des Angriffs Russlands auf die Ukraine dazu, aber das reicht mir als Erklärung ehrlich gesagt nicht aus.

Ich muss einfach feststellen, dass der rot-rot-grüne Senat bis 2023 und jetzt der schwarz-rote Senat es nicht geschafft haben, dieses Unterfangen beherzt anzugehen, und dass Sie eben andere Prioritäten gesetzt haben. Es war Ihnen nicht wichtig, dass hier etwas Entscheidendes gerissen wird, sondern Sie haben es schleifen lassen. Da haben Sie, Frau Neuhaus, den richti-

gen Punkt gemacht, indem Sie gefragt haben: Welche Bedeutung hat eigentlich die Zukunftsfähigkeit Berlins, der Wissenschafts- und Forschungsstandort? Das waren genau Ihre Worte, und da muss ich einfach feststellen, dass hier die falschen Prioritäten gesetzt werden. Ich kann auch nicht sehen, dass in Zukunft hier die richtigen Prioritäten gesetzt werden, wenn beispielsweise eine Partei hier am Tisch Enteignungen von Wohnungen fordert und dafür bereit ist, einen zweistelligen Milliardenbetrag in die Hand zu nehmen. Da sieht man doch, dass offensichtlich die falschen Prioritäten gesetzt werden.

Dann komme ich zu einigen konkreten Fragen in dem Zusammenhang, auch schon im Kontext der geplanten Hochschulbaugesellschaft: Herr Ruiz, der Senat geht im Zusammenhang mit der geplanten Hochschulbaugesellschaft davon aus, dass die Hochschulen bis 2032 round about 10 Prozent der Flächen reduzieren können. Sie beschäftigen sich seit Jahren genau mit diesem Thema Flächenbedarfsplanung und Flächensteuerung an Hochschulen. Einfach mal so direkt gefragt: Halten Sie eine pauschale Reduzierung um 10 Prozent in diesem Zeithorizont bei den Berliner Hochschulen für realistisch? Halten Sie das für fachlich vertretbar? Wenn ja, oder auch wenn nein, welche Datengrundlage wäre dafür erforderlich, um überhaupt so eine Zielgröße realistisch ins Auge fassen zu können? Und welche Möglichkeiten bestehen für die Hochschulen überhaupt, die Flächen so deutlich effizienter nutzen zu können, dass diese Einsparmöglichkeit realistisch vertretbar wäre?

Zu dem Mieter-Vermieter-Modell, das in großem Maßstab für alle Berliner Hochschulen geplant ist: Herr Ruiz, Sie haben 2021 für das HIS-Institut das bestehende Mieter-Vermieter-Modell der drei großen Berliner Universitäten evaluiert. Mit der geplanten Hochschulbaugesellschaft soll das jetzt noch größer gemacht werden. Welche Erkenntnisse aus Ihrer damaligen Evaluation halten Sie für dieses neue, größer gedachte Modell für besonders relevant, und vor allem, welche Fehler sollte Berlin bei der Ausgestaltung dieses Mieter-Vermieter-Modells vermeiden?

Dann noch eine interessante Frage, über die wir hier auch schon diskutiert haben: Wo sollte dann eigentlich die fachliche Entscheidungskompetenz darüber liegen, welche Flächen eine Hochschule benötigt? Welche Risiken sehen Sie da, wenn angemeldete zusätzliche Bedarfe durch die Hochschulbaugesellschaft abgelehnt werden, beispielsweise mit Verweis auf die Wirtschaftlichkeit oder auf die Flächeneffizienz? Wie lässt sich dieser Konflikt sinnvoll verhindern oder auflösen, wenn er denn auftritt? Sehen Sie die Gefahr, dass die Hochschulbaugesellschaft dann aus ihrer Dienstleisterrolle faktisch heraustritt und da eine Steuerungsrolle übernimmt und quasi dann indirekt auch Einfluss auf die Wissenschafts- und Forschungspolitik der Hochschulen nimmt? Konkreter Fall: Eine Hochschule meldet einen Bedarf für irgendein Forschungsprojekt, neue Labore oder was auch immer an. Wer entscheidet dann letzten Endes, wenn es einen Konflikt über diesen Flächenbedarf gibt, ob diese Fläche bewilligt werden soll oder ob sie eben nicht bewilligt werden soll, weil es vielleicht zu teuer oder zu ineffizient ist?

Dann vielleicht noch einmal zur Datengrundlage: Sie haben aufseiten des HIS-Instituts moniert, dass in den vergangenen Jahren die Datengrundlage deutlich schlechter geworden ist, auch was die Zusammenarbeit mit den Hochschulen bei der Erfassung dieser Zahlen anbelangt; dass Daten nicht flächendeckend erhoben würden, schlecht strukturiert werden und dadurch dann eben auch schlecht aufgearbeitet werden könnten. Deswegen die Frage: Wie sehen Sie die Datengrundlage hier in Berlin aktuell? Die Zahlen haben sich ja in den letzten

Jahren auch stark verändert. Ich erwähnte das rheform-Gutachten von 2018 mit 3,2 Milliarden Euro. Mittlerweile sind wir bei ungefähr 8 Milliarden Euro angekommen. Da sind dann aber noch andere Faktoren und andere Ausgangslagen mit enthalten. Wie schätzen Sie die Datengrundlage in Berlin ein?

Ausgehend von dieser Datengrundlage: Wie hoch, glauben Sie, ist denn der jährliche Investitionsbedarf? Welche Investitionsmittel wären jährlich erforderlich, um diesen 8-Milliarden-Investitionsstau effizient anzugehen? Die LKRP hat aus dem vorliegenden Investitionsstau einen Investitionsbedarf von ungefähr 300 Millionen Euro jährlich zuzüglich Baupreisindizierung über die nächsten 25 Jahre abgeleitet – korrigieren Sie mich, Frau Prof. von Blumenthal, wenn das so nicht stimmt. Für wie sinnvoll und wie realistisch halten Sie diese Größenordnung? Und inwieweit ist ein solches Investitionsvolumen angesichts der vorhandenen Planungs-, Genehmigungs- und auch Baukapazitäten in Berlin aus Ihrer Sicht überhaupt realistisch umsetzbar?

Dann natürlich: Wie geht man bei der Priorisierung der Bauprojekte vor? Wir haben es jetzt an der TU erlebt: Es gibt eine Havarie, das Gebäude muss stillgelegt werden, plötzlich hat man eine Priorität. Aber das kann es ja nicht sein, sondern es braucht auch da eine systematische Herangehensweise. Frau Güttner hat beispielsweise die Universitätsbibliothek an der FU erwähnt, wo es auch dringenden Handlungsbedarf gibt. Nach welchen Kriterien sollte also entschieden werden, welche Hochschulgebäude zuerst saniert werden können oder wo zuerst auch Neubauten dringend erforderlich sind? Welche Priorisierungsmethodik sollte aus Ihrer Sicht bei den anstehenden über 240 Sanierungsmaßnahmen konkret angewandt werden?

Dann noch abschließend zur Frage Sanierung oder Neubau: Das ist ja auch ein bisschen eine ketzerische Frage. Irgendwann ist vielleicht ein Punkt erreicht, wo sich eine Sanierung wirtschaftlich gar nicht mehr darstellen lässt. Sie hatten zum Thema Sanierung oder Neubau auch etwas veröffentlicht. In welchen Fällen würden Sie Abriss und Neubau empfehlen und in welchen Fällen die Sanierung? Wie würden Sie da die Situation in Berlin einschätzen? Sind wir bei einigen Gebäuden schon an dem Punkt angelangt, wo man über solche Maßnahmen nachdenken müsste? – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Dann ist jetzt Frau Neugebauer an der Reihe.

Laura Neugebauer (GRÜNE): Wenn wir nach Havarien sanieren würden, dann wäre die Soziologie der HU seit mehreren Jahren saniert, denn ich erinnere mich an einen Artikel, dass es da bei Starkregen hineinregnet hat. Dann wäre das Haus Gauß der BHT seit Jahren saniert, weil es dort auch hineinregnet. An der Stelle kann ich mir den Kommentar nicht verkneifen: Die BHT immer wieder darauf zu vertrösten, dass sie ja irgendwann Tegel bekommt, und damit alle anderen Sanierungen abzuwiegen, derweil Professorinnen und Professoren bei jedem stärkeren Regen Eimer aufstellen müssen, führt vielleicht einfach dazu, dass wir am Ende noch mehr viel desolater Gebäude haben und auch Gebäude schließen müssen, so wie wir es bei der TU schon tun mussten. Ich könnte jetzt noch weitere Gebäude an vielen Hochschulen aufzählen, die, wenn wir nach Havarien gehen, die passiert sind, nach sofort eingeleiteten Sanierungen theoretisch schon seit mindestens drei Jahren saniert sein sollten. Da können wir alle in alte Presseartikel schauen. Fakt ist aber: Es ist nicht so.

Deswegen will ich hier zur Klärung fragen, was die Investitionsplanung angeht: Sie haben gerade gesagt, Herr Staatssekretär, das man das in Zukunft mit Koordinierung der Hochschulen machen sollte, dass die Priorisierung dort auch von den Hochschulen stattfinden soll. Das beantwortet bei mir aber nicht die Frage, wie in der Vergangenheit priorisiert wurde, weil die Hochschulen gerade klar gesagt haben, dass für sie nicht immer transparent ist, wie die Priorisierung in der Investitionsplanung in der Vergangenheit stattgefunden hat – und damit auch die im Moment laufende Priorisierung.

Ich möchte mich der Frage nach der Hochschulbaugesellschaft anschließen. Ich weiß nicht, ob der Senat oder die Koalition gerade die bessere Antwort darauf geben kann, wo wir da stehen. Ich will aber auch, schon halb mit dem Verdacht, dass sie wahrscheinlich nicht mehr in dieser Wahlperiode kommt, fragen, welche kurzfristigen systematischen Änderungen wir bräuchten, um doch auch schnell reagieren zu können. Denn ich gehe davon aus, dass, wenn sich erst die nächste Koalition weiter mit der Hochschulbaugesellschaft auseinandersetzt, dieser Prozess nicht sonderlich schnell gehen wird. Das heißt, wir brauchen kurz- und mittelfristige Lösungen für den Sanierungsstau, den wir jetzt haben, damit wir hier nicht einen weiteren Gebäudeverfall haben. Dazu will ich auch noch spezifisch nach den Mängeln im aktuellen System fragen, was die Sanierung angeht und wo man da vielleicht an ein, zwei Stellen wirklich gezielt an den, würde ich jetzt einmal sagen, Hochrisikostandorten Sanierungsmaßnahmen beschleunigen kann und sollte, um sowohl die langfristige Perspektive, die ja die Hochschulbaugesellschaft ist, als auch die kurz- und mittelfristige nicht aus dem Auge zu verlieren. Denn wir können uns, glaube ich, nicht erlauben zu warten, bis die Hochschulbaugesellschaft da ist, um hier weiter voranzuschreiten.

Nach den Kriterien der Investitionsplanung habe ich gefragt. – Es wurde gerade schon darauf angespielt, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis an den anderen Hochschulen ähnliche Situationen wie an der TU eintreten. Da wäre meine konkrete Frage, das schließt auch an kurz- und mittelfristig an: Wo sehen Sie da gerade die größten Baustellen? Welche Maßnahmen würden helfen, um das kurzfristig abzuwenden? Wir haben im Rahmen der TU auch immer über die Begehungen durch das Bezirksamt geredet, die jetzt Schritt für Schritt stattfinden, und wo wir noch nicht genau wissen, wie das in den ganzen Gebäuden am Ende aussieht. Gibt es da vielleicht aus den anderen Hochschulen Punkte, wo man jetzt schnell prophylaktisch reagieren müsste? Gibt es dazu Kommunikation mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft oder auch Stadtentwicklung? An der Stelle finde ich es sehr schade, dass meine Akteneinsicht bei den beiden Senatsverwaltungen, was die TU und die Unterstützung dort angeht, bis jetzt noch immer nicht funktioniert hat, weil sich da weggeduckt wird. – Vielleicht das erst einmal abschließend dazu. Viele andere Fragen wurden auch schon von dem Kollegen Schulze gestellt.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Bevor wir in die Antwortrunde eintreten, bei der ich vorschlagen würde, dass wir wieder in gleicher Reihenfolge alphabetisch vorgehen, wenn das für Sie so okay ist, hat sich der Staatssekretär noch einmal gemeldet. – Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP): Danke, Frau Vorsitzende! – Frau Abgeordnete, es sind nicht nur Fragen gestellt worden, es sind auch auf Fragen schon Antworten gegeben worden, die ich gerne noch einmal wiederhole, nämlich auf die Fragen, die Herr Schulze und Sie, Frau Neugebauer, an den Senat gestellt haben. Frau Brauner hat eingangs skizziert, wie der Stand mit dem Hochschulbaugesellschaftsgesetz ist, nämlich dass das momentan zur Be-

ratung in der Koalition ist, beim Hauptausschuss anhängig und dann da im weiteren Verfahren sein wird. Das ist der Stand, den die Abgeordnete anfangs berichtet hat.

Was die Geschichten mit der I-Planung beziehungsweise den bisherigen Priorisierungen angeht, habe sowohl ich ausgeführt als auch hat Herr Schulze kommentiert, wie das bisher funktioniert. Das wissen Sie als Abgeordnete, glaube ich, selbst auch sehr wohl, wie das funktioniert. Ich wiederhole es gern noch einmal: Die Hochschulen melden etwas an, wir priorisieren das gemeinsam hier in der Senatsverwaltung, dann melden wir es für die I-Planung an, dann gibt es einen Senatsbeschluss dazu und dieser wird vom Abgeordnetenhaus wie alle anderen haushälterisch relevanten Belange durch den Hauptausschuss dann auch noch einmal verändert. Das ist das bisherige Verfahren.

Vorsitzende Franziska Brychey: Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde und Frau Prof. Dr. von Blumenthal hat das Wort.

Dr. Julia von Blumenthal (HU Berlin): Vielen Dank! – Ich beginne mit dem Thema Flächeneinsparpotenziale. Hier muss man aus Sicht der Hochschulen immer auf mindestens vier Bedarfe schauen. Das eine sind einfache Büroflächen. Da gehe ich davon aus, dass es bei allen Hochschulen so ist wie bei uns: Am Ende unseres Kürzungsprozesses, in dem wir mittendrin sind, werden wir alle Effizienzpotenziale gehoben haben. Denn im Moment ist natürlich, wenn man dabei ist, Stellen zu streichen, in den Büros die Bereitschaft, zusammenzurücken, so groß wie nie. Das heißt, dieses Potenzial werden wir jetzt heben.

Der zweite Punkt ist Hörsäle, Lehrflächen: Hier ist es so – das haben wir schon mehrfach gesagt –, dass ich immer noch einen Hörsaal brauche, auch wenn ich statt 150 Studierenden nur noch 120 Studierende zulasse. Dann brauche ich immer noch einen Hörsaal, in dem diese Studierenden sitzen, und ich kann einen Hörsaal nicht um 30 Plätze kleiner machen. Hier geht also die Vorstellung, dass man durch den sich jetzt nach und nach vollziehenden Abbau der Studienplätze sehr große Effizienzen gewinnt, glaube ich, ein bisschen in die Irre. Was natürlich ein Punkt ist: Lehrformen verändern sich. Das heißt, wir brauchen mehr flexible Räume und wahrscheinlich perspektivisch weniger starre Hörsäle. Das ist aber ein Wandel der Lehrformate im Zuge auch von Digitalisierung und KI, der alle Hochschulen betrifft. Ich wäre bei den Lehrflächen wirklich vorsichtig, dass Ihre Grafik sich da so schnell auf die Berliner Hochschulen realisieren lässt. Wir haben darauf einen klaren Blick. Da geht es ja auch um so etwas wie die Frage, dass man bei Ausnutzung aller Zeiten in Konflikt mit Fragen der Familiengerechtigkeit tritt, die wir uns alle als Hochschulen als Wert, durchaus auch vom politischen Raum vorgegeben, auf die Fahnen schreiben und realisieren.

Dann natürlich der ganze Bereich der Labore: Da sind wir – das haben wir auch beschrieben – als Berliner Universitäten, gerade was die großen Naturwissenschaften angeht, in einem Synergieprozess, bei dem wir sehr genau schauen, welche Spezialisierungen wir brauchen, um im Rahmen dessen, was wir selbst tun können, auch hervorragende Drittmittelprojekte realisieren zu können. Das ist, glaube ich, ein bisschen eine Frage der nächsten Jahre, ob es da eine größere Reduzierung gibt. Ich sehe es im Moment nicht.

Dann ist ein weiterer Bereich, wo ich wirklich erstaunt bin, dass er bisher noch gar nicht als relevanter Bereich genannt wurde, der Bereich Flächen für studentisches Selbstarbeiten. In dem Maße, wie auch Studierende in Berlin keinen adäquaten bezahlbaren Wohnraum finden,

und im Zuge unserer verstärkten Anstrengungen, dass wir Studierende wieder an den Campus binden wollen, brauchen wir studentische Arbeitsflächen. Man sieht schon, dass diese als systematische Kategorie nicht stattfinden. Wir machen das teilweise innerhalb unserer Bibliotheken, da ist es vielleicht sogar flächenneutral, denn wir brauchen weniger stehende Bücher, aber mehr Arbeitsflächen. Natürlich brauchen wir dafür dann aber auch entsprechend die Magazine. Dieser ganze Bereich Bindung der Studierenden auf dem Campus und damit auch Steigerung des Studienerfolgs ist einer, dem man bei allen Diskussionen über die Flächen und mögliche Flächenreduktionen sehr genau im Blick haben muss.

Dann wurde nach einer eigenen I-Planung als LKRP gefragt. Ich weiß nicht genau, Herr Schulze, was Sie meinen. Es gibt die L-HSEP, die in einer guten Zusammenarbeit entstanden ist, die man natürlich aktualisieren muss. Da denke ich, ist dann die Frage, ob die Baugesellschaft kommt. Dann gäbe es ja diesen Steuerungsrat, der ein ganz sinnvolles Zusammenspiel ermöglichen würde. Wenn sie jetzt nicht kurzfristig käme, wäre es natürlich denkbar, eine ähnliche Zusammenkunft auch ohne Baugesellschaft zu etablieren. Im Zuge des notwendigen effizienteren Mitteleinsatzes wäre es wirklich gut, dass die Vorschläge, die dann an Sie als Abgeordnete kommen, wo Sie noch einmal nach ganz anderen Kriterien entscheiden können, sehr gemeinschaftlich erarbeitet und sehr gut fachlich begründet sind. Dann wird es vielleicht auch schwieriger, sich politisch darüber hinwegzusetzen.

Dann gab es die Frage nach der Mietkostenübernahme: Es ist konkret so, dass wir für den jetzt seit acht Jahren andauernden Sanierungszeitraum für den Ostflügel der Humboldt-Universität seit dem Zeitpunkt, an dem der von SenStadt kalkulierte Fertigstellungstermin überschritten war, die jährlichen Kosten für das Hörsaalzelt ersetzt bekommen. Das sind ungefähr 200 000 Euro im Jahr. Die weiteren Zusatzkosten, die wir haben, sind uns nicht ersetzt worden, die haben wir die ganze Zeit getragen. Über diesen Ersatz der Mietkosten für das Hörsaalzelt gibt es eine Vereinbarung mit SenStadt. Das ist richtig in Schriftform und funktioniert auch seit Jahren wirklich sehr verlässlich. Wir melden einfach immer im Nachlauf unsere Kosten und bekommen sie erstattet.

Sie haben insgesamt für alles nach einer Summe gefragt: Die Summe, die ich nennen kann, sind diese 4,5 Millionen Euro pro Jahr, Stand heute. Mietkostensteigerungen kennen wir, Betriebskostensteigerungen kennen wir, also Tendenz steigend. Das sind die Kosten, die wir dadurch haben, dass wir das Gebäude Invalidenstraße 110 nicht in der Nutzung haben. Noch einmal zur Erinnerung: Das haben wir 2022 freigeräumt, dann kam von der rot-rot-grünen Koalition die Entscheidung, diese bereits beschlossene Sanierung aufzuschieben. Wir haben dann aus eigenen Mitteln Schadstoffsanierung vorgenommen, und wir haben beziehungsweise SenStadt hat jetzt 15,5 Millionen Euro aus dem Sondervermögen bereitgestellt bekommen, um zumindest die vor sich hin zerbröselnde Fassade zu stabilisieren. Hier können wir also beziffern: 4,5 Millionen Euro, Tendenz steigend.

Damit komme ich auch gleich zu der Frage: Was bräuchten wir kurz- und mittelfristig, wenn die Baugesellschaft nicht käme? – Wir brauchen eine Realisierung dieses Projekts. Andernfalls wird dadurch eine jährliche Kürzung der konsumtiven Mittel der Humboldt-Universität um 4,5 Millionen Euro vollzogen. Das ist dann auch eine klare politische Entscheidung. Der zweite Punkt ist: Wir bräuchten dann, wenn das nicht käme, noch einmal eine Abfrage prioritärer Projekte für die Pipeline, für die man sich ja – ich sagte es schon – auch ohne Baugesellschaft in Art dieses Steuerungskreises zusammensetzen könnte. Noch ein Punkt ist, aber viel-

leicht kann dazu auch Frau Güttner aus fachlicher Sicht noch mehr sagen: Bisher ist es nach meiner Kenntnis so, dass wir erst planen dürfen, wenn die Finanzierung für ein Projekt vollständig steht. Das heißt, man bräuchte dann aus meiner Sicht eine konsentrierte prioritäre Liste, bei der die Planung beginnen darf, auch wenn die Finanzierung nicht schon vollständig steht, weil man sonst einfach zu viel Zeit verliert und in dem Fall eben Zeit auch Geld ist. Vielleicht ein kleiner Hinweis: Die Frage von Baukostensteigerungen und Zinsentwicklung ist natürlich immer von der gesamtwirtschaftlichen Lage abhängig. Im Moment steigen die Zinsen wieder, das wäre also eigentlich ein Argument dafür, möglichst schnell in die Realisierung zu kommen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist jetzt Frau Güttner an der Reihe.

Andrea Güttner (FU Berlin): Alles klar! – Es ist schon viel gesagt worden, aber auf einige Punkte würde ich gerne noch ganz kurz eingehen. Flächeneinsparpotenziale: Wir haben an der Freien Universität seit etwa drei Jahren ein riesengroßes Projekt, wo es darum geht, genau das zu tun. Das heißt, wir gehen von Fachbereich zu Fachbereich, machen Masterbeplanungen und versuchen quasi, die Quadratmeterüberhänge, die wir auf der Grundlage der aktuellen Quadratmeterzahlen pro Beschäftigte und pro Studierende in Bezug auf die Aufenthaltsflächen haben, zu reduzieren. In drei Jahren ist es uns gelungen, etwa 10 000 Quadratmeter abzubauen. Das geht aber letztendlich mit der Verdichtung von einzelnen Häusern einher, denn es bringt mir überhaupt nichts, wenn ich innerhalb eines Hauses 50 Quadratmeter hier und 30 Quadratmeter dort reduziere, sondern das ist im Grunde letztendlich wie ein Puzzle: Ich versuche, einzelne Häuser frei zu ziehen.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass ich den Personen, die in diesen Häusern sitzen, alternative Flächen geben muss. Diese alternativen Flächen muss ich für die einzelnen Arbeitsbereiche, und wir reden hier nicht nur von Geistes- und Kulturwissenschaften, sondern insbesondere von den naturwissenschaftlichen Bereichen, dann auch ertüchtigen. Sprich, ich gehe im Grunde gegebenenfalls in die Ertüchtigung von alten Laborgebäuden, und das kostet Millionen. Selbst wenn ich es in kleinere Teile abspalte, kostet eine Verdichtung und quasi auch eine Reduktion der Flächen, wie sie gerade von der HIS vorgeschlagen wurde, natürlich ebenfalls richtig Geld – im Übrigen auch, wenn ich einfach nur Büroflächen ertüchtige; auch das kostet Geld. Insofern: Ja, es sind Effizienzen herauszuholen, aber eben nicht zum Nulltarif. Sie werden nur sparen können, wenn Sie vorher investieren, und das ist etwas, das wir an der Freien Universität durchaus versuchen. Das macht es aber auch so schwierig, es „mal eben“ zu machen. Das sind wirklich Großprojekte.

Was haben wir mit den Gebäuden gemacht, die wir jetzt frei gezogen haben? – Wir sind in die Abmiete gegangen. Die Freie Universität hat aktuell nur noch zwei Häuser angemietet, ansonsten leben wir ein Stück weit vom Bestand. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, um – wie beispielsweise das Präsidium – auf einen älteren Bereich umzuswitchen, müssen auch hier Umbaumaßnahmen erfolgen. Wir werden im Laufe des nächsten Jahres die Kaiserswerther Straße vollumfänglich verlassen haben.

Aber vor diesem Hintergrund kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Je mehr Sie sich insbesondere alte Gebäude anschauen, desto mehr Überraschungen bekommen Sie. Das bedeutet: Wenn Sie denken, dass Sie mal eben nur ein bisschen rollern müssen, funktioniert das meistens nicht, weil die Arbeitsstättenrichtlinien sich verändern oder weil die Bausubstanzen, die noch erlaubt sind, sich verändern. Insbesondere wenn Sie in einem Villenbestand sind, wie die Freie Universität, macht das große Probleme.

Zur Frage der Mietkosten: Wie hoch sind sie bei uns aktuell? – Geringer; nicht vor dem Hintergrund, dass wir Gebäude aufgeben oder nicht saniert bekommen und umswitchen, sondern was wir aktuell machen, ist zu ertüchtigen und Kerngebäude zu definieren, wo wir jetzt schon wissen, welche Gebäude wir mittelfristig aufgeben wollen und wo wir die wenigen Investitionsmittel, die wir noch haben, überhaupt fokussieren wollen.

An der Stelle springe ich ganz kurz zu der Fragestellung: Wie ist die Zusammenarbeit mit den Bezirken? – Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf kann ich sagen, dass das sehr gut läuft. Selbstverständlich arbeiten wir zusammen, schauen uns an, wo wir unsere größten Baustellen haben, und überlegen teilweise auch, ob man gegebenenfalls dort, wo wir sagen, dass es keine Kerngebäude mehr sind, in einen strukturierten Rückzug geht und im Grunde frühzeitiger anfängt, Gebäude abzugeben, um auch Schließungen zu entgehen.

Kurz- und mittelfristige Lösungen: Was ist notwendig, was müsste gezielt beschleunigt werden? – Das, was Frau von Blumenthal gesagt hat, dass wir ein Verfahren finden müssen, wie wir gemeinschaftlich in eine Prioritätenliste kommen, ist genau richtig. Ebenfalls ist genau richtig, dass wir diese Prioritätenliste anfangen müssen zu beplanen. Eine Beplanung dauert ein bis drei Jahre, je nachdem, in welcher Größe Sie beplanen, und wenn Sie erst anfangen, Anfang der Dreißigerjahre etwas zu beplanen, dann fangen Sie Mitte der Dreißigerjahre vielleicht, wenn alle Baugenehmigungen da sind, an zu bauen. Das wird zu spät sein. Insofern sind die notwendigen Planungen jetzt schon zu vollziehen und natürlich haushälterisch auch in irgendeiner Weise abzubilden, weil Planungen teuer sind, und das muss abgebildet werden.

Sie haben nach den größten Baustellen gefragt, die kurzfristig abzuwenden sind. Die Freie Universität ist durchaus in der Lage, aktuell den Betrieb aufrechtzuerhalten, indem wir bei den Gebäuden, die schwierig sind, sehr stark in die Bauunterhaltskosten hineingehen. Wir reden hier aber von kleineren Sanierungsmaßnahmen nur zum Aufrechterhalten des Betriebs, von mehreren Millionen Euro in einzelnen Häusern, die nicht den Wert des Gebäudes steigern, sondern letztendlich nur den Betrieb aufrechterhalten. Das ist ein bisschen rausgeschmissenes Geld, sofern wir nicht in der Lage sind zu sagen: Das ist ein Übergang, und wir müssen in eine mittel- und langfristige Investitionsplanung gehen, um genau das dann auch hinzubekommen.

Die Universitätsbibliothek war nur ein Beispiel. Wir sind mit der Senatsverwaltung in Gesprächen, wo wir versuchen, die ersten Prioritäten darzulegen. Das sind sehr gute und konstruktive Gespräche, die wir hier führen – ohne dass mir etwas versprochen wird, das ist auch vollkommen okay, aber mit Personen, die gerade ein sehr offenes Ohr für uns haben und wo ich das Gefühl habe, dass sehr viel Verständnis dafür kommt und das auch ankommt. Insofern finde ich das sehr positiv und eine sehr schöne Entwicklung. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Nun ist Frau Dr. Neuhaus an der Reihe.

Dr. Julia Neuhaus (BHT): Vielen Dank! – Ohne in zu viele Redundanzen einsteigen zu wollen, möchte ich ein Thema noch einmal aufrufen, und zwar das Flächeneinsparpotenzial. Ich finde es immer ein bisschen herausfordernd, das mit Büroflächen zu vergleichen. Natürlich haben wir auch Büroflächen, und natürlich hat sich die Arbeitswelt ein bisschen verändert, das ist alles keine Frage. Unser Kernjob ist aber die Lehre, und gerade an den HAWs haben wir anwendungsorientierte Lehre. Ich habe es schon gesagt, wir haben Laborübungen, und Laborübungen in Physik oder Chemie – ich glaube, das habe ich auch schon einmal hier im Ausschuss gesagt – machen wir nicht aus dem Homeoffice heraus. Das heißt, das sind die Flächen, die wir vorrangig brauchen.

Ein Blick auf die BHT, weil ich dazu am besten sprechfähig bin: Wir sind seit vielen Jahren in einem Flächendefizit; wir haben gerade schon von Tegel gehört. Die Haushaltskürzungen führen uns dazu, dass wir alles, was wir angemietet haben, so schnell es irgendwie geht, abmieten. Das heißt, wir verdichten, obwohl wir jetzt schon in einem Flächendefizit von circa 25 000 Quadratmetern stecken. Wir haben, trotzdem wir Tegel schon so lange nicht bekommen – 2016 war der erste Einzugstermin, das habe ich mir im Zuge des Spatenstichs mal angeschaut –, keinerlei Mietkompensation oder irgendetwas bekommen, und wir leben irgendwie damit, weil wir hemdsärmelig damit umgehen. Aber irgendwann geht es auch nicht mehr, und wenn wir jetzt über Flächeneinsparungen bei einer Hochschule reden, die seit zehn Jahren in Flächeneinsparungen irgendwie zu Rande kommt, dann ist das ein bisschen schwierig.

Ich würde mir wünschen, dass, wenn wir eine Aktualisierung unseres Gutachtens haben, wir wirklich den Fokus auf die Lehre, auf die Laborflächen setzen, denn das ist genau das, wofür wir da sind: Wir qualifizieren unsere Studierenden. Wir haben gerade schon von Julia von Blumenthal gehört, dass wir einfach auch mehr Flächen für Studierende brauchen, ihre eigenen Lehrflächen. Das heißt, das tatsächliche Flächeneinsparpotenzial mit Flächeneinsparungen zu vergleichen, die man in Berliner Verwaltungen machen kann, ist nicht der richtige Vergleich, den wir hier ziehen können.

Ansonsten bin ich dabei: Wir können relativ schnell eine aktuelle Mängelliste aus dem Hut zaubern, was man jetzt schnell braucht. Man könnte sich auch die I-Planungsanträge der vergangenen Jahre anschauen, die abgelehnt und nicht umgesetzt wurden, und schauen, was die Hochschulen geschafft haben, allein zu bewältigen. Aber ich glaube, jede Hochschule ist sehr schnell in der Lage zu sagen, an welchen Stellen es am meisten brennt. Dann braucht es – das haben wir eingangs auch schon gesagt – klare Prioritäten und vor allem klare Kriterien, nach denen entschieden wird, was umgesetzt wird.

Ein kurzes Statement noch zum Thema Tegel: Wir haben in der aktuellen I-Planung von 2026 bis 2029 – ich habe mal die genaue Zahl rausgesucht – 79 Millionen Euro für das Projekt Tegel, plus das Sondervermögen von 170 Millionen Euro, wofür wir sehr dankbar sind. Wir hatten jetzt im Juli den Spatenstich – wie gesagt, zehn Jahre nach ursprünglichem Einzugsstermin –, und wir freuen uns total, dass das Thema Tegel jetzt wieder in den Fokus rückt, dass es Priorität hat, dass wir nicht mehr die Ob-Frage stellen, sondern die Wie-Frage. Sie wissen aber alle, über welche Höhe wir bei Tegel sprechen. Das heißt, die Ausfinanzierung von Tegel ist noch nicht gegeben, und das wird uns sicherlich auch noch die nächsten Jahre begleiten müssen, denn – und das möchte ich an dieser Stelle auch sagen – dieses Thema Tegel ist kein BHT-Thema, sondern es ist ein Berlin-Thema. Es ist der Innovationscampus des Landes Ber-

lin. Welche Stadt hat so eine große Fläche? Da braucht es die Priorität, und das muss sich auch in der I-Planung widerspiegeln und im besten Fall vielleicht auch als Prioprojekt. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann ist jetzt Herr Ruiz an der Reihe, der uns zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort!

Marcelo Ruiz (HIS-HE) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich möchte als Erstes, da hierzu einige Fragen an mich adressiert wurden, auf das Thema Flächensuffizienz eingehen und einmal beschreiben, wie das in den Ländern abläuft, in denen die Hochschulen komplett autonom sind und selbst über den gesamten Baubereich und auch selbst über den gesamten Personalbereich entscheiden können. Dort werden Auslastungsuntersuchungen aus Eigeninteresse durchgeführt, um zu wissen: Wie sind die Büros ausgelastet? Wie sind die Lehrflächen ausgelastet? –, um dann auf empirischen Grundlagen zu Optimierungsprozessen zu kommen, aber auch, um vielleicht Zusatzbedarfe, Engpässe et cetera festzustellen.

Unsere Untersuchungen bei der HIS – andere führen sicherlich auch solche Auslastungsuntersuchungen durch – sind in Deutschland nur bei den allgemeinen Lehrflächen, also nicht bei den Lehlaboren durchgeführt worden, und haben in der Regel immer Erkenntnisse zutage gebracht, über die alle Akteure überrascht waren. Sie laufen dann darauf hinaus, dass in der Regel die Räume zeitlich, also von den Zeitslots, die zur Verfügung stehen, relativ gut ausgelastet sind, dass aber die Gruppen, die diese Räume belegen, deutlich zu niedrig sind. Jetzt ist es nicht so, dass man in der Bedarfsplanung immer mit einer hundertprozentigen Auslastung kalkuliert, bei Hörsälen rechnen wir auch nur mit einer 70-prozentigen, bei Seminarräumen mit einer 60-prozentigen Auslastung. Trotzdem zeigen dann diese empirischen Daten eine deutlich schlechtere Auslastung. Ich würde mir wünschen – es gab die Frage nach den erforderlichen Datengrundlagen –, dass es solche Auslastungszählungen auch an den Berliner Hochschulen gibt. Mir sind keine bekannt, vielleicht ist das jetzt mein Problem, aber dann hat man eine verlässliche Grundlage und kann sich auch besser über Suffizienz, Chancen und Potenziale verständigen. Das zum Thema Flächensuffizienz.

Zu der Frage, ob die L-HSEP aktualisiert werden sollte oder nicht: Wir haben die L-HSEP damals auf den Grundlagen, die von rheform mit dem Sanierungsstaugutachten erarbeitet wurden, aufgebaut und dann versucht, das zu systematisieren. Insgesamt ist diese Datengrundlage jetzt natürlich schon einige Jahre alt, von daher ist eine Aktualisierung sinnvoll. Ich würde aber diese Aktualisierung jetzt auf den Verwendungszweck schärfen. Es geht um eine Investitionsplanung. Es geht nicht um eine baufachliche, architektonische Datenerhebung. Sie muss eigentlich ein Mittelvolumen ablesbar machen, und wir bei der HIS haben das in anderen Bundesländern mit einer sogenannten Gefährdungsmatrix gemacht, wo man die Gebäude kategorisiert, also: Wie stark sind Kernfunktionen gefährdet, besteht die Gefahr, irgendwann zu havariieren, nicht mehr funktionieren zu können? – Dann hat man eine verlässliche Liste, kann die Gebäude aufgrund ihres Wertes taxieren und kommt dann auch auf erforderliche Mittelvolumina, aber eben schneller, einfacher, robuster. Eine Finanzplanung muss in erster Linie auch robust sein, sie braucht nicht so detailverliebt zu sein, wie es das rheform-Gutachten an manchen Stellen vielleicht war, das braucht man für eine I-Planung gar nicht. Das wäre mein Vorschlag, wenn es um die I-Planung geht.

Herr Trefzer, Sie haben noch einige Sachen angesprochen. Effizienzgewinne von 10 Prozent im Bürobereich halte ich auf jeden Fall für realistisch. Was aber von uns aus ganz klar betont werden muss, ist: Ich kann Ihnen das im Grunde genommen von heute auf morgen ausrechnen, aber es sind Prozesse und es sind Zeiträume, um solche Suffizienzen zu heben. New Work ist jetzt als Begriff noch gar nicht gefallen, aber es sind veränderte Arbeitsweisen, die sich langsam etablieren müssen. Da müssen Sie auch Kolleginnen und Kollegen mitnehmen, Sie müssen Prozesse digitalisieren. Das geht nicht so leicht. Das ist auf jeden Fall etwas, was Zeit in Anspruch nimmt.

Ich würde meinen Beitrag mit einem Bild beenden: In den Ländern, in denen ich diese komplett autonomen Hochschulen erlebt habe, ist es so, dass man diesen Streit, wie Sie ihn jetzt hier führen – teilweise um Mittel, um Ressourcen und dann mit den Gefährdungen, dass Gebäude geschlossen werden –, gar nicht hat, weil man im Grunde genommen für seine Hochschule werben will, für die tollen Arbeitsbedingungen, für die hervorragenden Wissenschaftler, die dort arbeiten, und auch für die hervorragenden Gebäude, um dann attraktiv zu sein, wieder neue Studierende anzuziehen und neue Mitarbeiter an die Hochschule zu locken. Das würde ich mir für Sie auch wünschen, dass Sie als selbstbewusste Hochschulen mit tollen Immobilien arbeiten können und die Attraktivität nach außen ausstrahlen und weitergeben. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen herzlichen Dank! – Jetzt hat sich Herr Schulze noch einmal gemeldet. – Herr Schulze, Sie haben das Wort!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Ich habe noch eine Nachfrage, aber zuvor eine Vorbemerkung: Ich glaube, wir werden es mit einem Mix aus Maßnahmen zu tun haben, also einerseits die Effizienzen zu heben und perspektivisch auch Gebäude abzugeben. Wir wollen eigentlich keine Gebäude verkaufen, sondern wenn, dann sollen sie idealerweise guten Zwecken zugeführt werden – was nicht immer ganz so einfach ist, wie wir aus der Umnutzungsdebatte bei Bürogebäuden wissen, und bei Hochschulgebäuden ist es häufig noch komplizierter. Stichwort studentischer Wohnraum, das wäre zum Beispiel so eine Möglichkeit, aber das ist kompliziert und oft auch teuer. Die dritte Maßnahme wären tatsächlich – und das wünsche ich mir, sollte der größte Block sein – schnelle und gut geplante Sanierungsmaßnahmen, die dann auch eine dauerhafte Sanierung ermöglichen, und nicht die Feuerwehraction, wie es Frau Güttner gerade gesagt hat. Das, was da geht, miteinander abzustimmen, wäre das Ziel für die kommende Legislaturperiode, und den Steuerungskreis – die Anregung würde ich aufnehmen, die fand ich sehr gut – auch schon vorher einzurichten, sich regelmäßig zusammenzusetzen und das, was an Entwicklungs- und Strukturplanung stattfindet, mit den Investitionsplanungen abzugleichen, das könnte dort stattfinden.

Stichwort Hochschulbaugesellschaft: Ich will die Koalition, die sich hier gar nicht zu Wort gemeldet hat, nicht aus der Verantwortung entlassen, denn es sind ja mit Verweis auf die Hochschulbaugesellschaft Investitionsmittel gestrichen worden, mit dem Hinweis darauf, dass die Hochschulbaugesellschaft das dann schon regelt. Jetzt regelt sie im Moment noch gar nichts, schon gar nicht stellt sie Geld zur Verfügung, und das wird auch noch Jahre dauern. Deswegen ist meine erste Frage, ob das Gesetz zur Hochschulbaugesellschaft noch in dieser Legislaturperiode von Ihnen beschlossen wird, oder ob wir uns darauf einstellen müssen, dass wir das in der kommenden Legislaturperiode machen werden, was dann noch einmal eine Zeitverzögerung von mindestens einem halben Jahr bedeutet, möglicherweise länger.

Die zweite Frage ist, ob Sie im Zuge der Haushaltswirtschaft das, was hier angemahnt worden ist, nämlich ein Fonds für die wichtigsten und dringenden Maßnahmen zum Verhindern von Gebäudeschließungen und betriebsunsicheren Gebäuden, noch auf den Weg bringen. Denn auch das wird in den nächsten Monaten einfach dran sein, wenn man nicht zuschauen will, wie weitere Gebäude vom Netz gehen. Das sind die beiden Fragen. Ich weiß, wir befragen uns hier nicht gegenseitig, aber dass Sie sich hier gar nicht melden und bei dieser Debatte nichts dazu sagen, finde ich schon bemerkenswert. – [Zuruf von Kerstin Brauner (CDU): Ich habe vorhin ausgeführt!] –

Vorsitzende Franziska Brychey: Gut, es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – Der Staatssekretär ist für die Koalitionsfraktionen auch nicht verantwortlich. – Dann sind wir jetzt am Schluss der heutigen Anhörung. – Ich möchte mich ganz herzlich bei unseren Anzuhörenden für Ihre Expertise bedanken und dass Sie unsere wirklich vielfältigen Fragen so fundiert beantwortet haben! Vielen herzlichen Dank, auch Ihnen Herr Ruiz, digital zugeschaltet!

Dann frage ich, ob wir die Besprechungen abschließen wollen, denn in der nächsten Sitzung haben wir bereits Themen, und ich gehe davon aus, dass das Wortprotokoll nicht so schnell fertig sein wird. – Die Koalitionsfraktionen sagen Ja. Was sagt die Opposition mit ihrem Punkt? – Das ist auch der Fall. Dann schließen wir das ab. – Vielen herzlichen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.